

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat dramatische Wochen hinter und eine (wohl länger währende) Aufholjagd vor sich. An der Wende vom Winter zum Frühjahr wurde innerhalb nur weniger Tage die österreichische Regierungspartei jäh aus dem Traum von einem ersten Platz gerissen und auf den dritten zurückgeworfen. Die Ursache für diesen Absturz hat mehr als nur eine Vorgeschichte.

Begonnen hat es damit, dass die britische *Sunday Times* eine Reihe von EU-Parlamentariern auf deren Bestechlichkeit „abklopfte“ und bei einigen Abgeordneten fündig wurde. So auch beim Österreicher Ernst Strasser. Bei ihm handelte es sich um keinen Hinterbänkler, sondern um einen Spitzenpolitiker, der aus dem Stall der niederösterreichischen Partei stammte, von 2000 bis 2004 Innenminister war, sich dann kurz ins Berufsleben zurückzog, um 2009 von Parteiobmann Josef Pröll zum Spitzenkandidaten bei der EU-Wahl aufgestellt zu werden. Er war so sehr das Liebling der Parteiführung, dass sie sogar noch an ihm festhielt und ihn als Delegationsleiter nach Brüssel schickte, obwohl der langjährige, angesehene EU-Parlamentarier Othmar Karas als Sieger einer sogenannten Vorzugsstimmenkampagne hervorgegangen war, die der ÖVP überhaupt erst den Sieg bei der EU-Wahl brachte und sie damit wieder zur Nummer eins machte.

Das eigentliche Drama für die ÖVP leitete Mitte März die Vorabmeldung eines Nachrichtenmagazins ein, wonach

laut *Sunday Times* der Abgeordnete Ernst Strasser in einen Korruptionsskandal verwickelt sein könnte. So soll er versucht haben, einen von einem Auftraggeber erwünschten Antrag im EU-Parlament einzubringen, und dafür Geld angeboten bekommen haben. Als Karas diese Meldung las, versuchte er sofort, den Parteiobmann anzurufen, um ihm mitzuteilen, dass diese Geschichte nicht aus der Luft gegriffen war, landete aber nur auf dessen Mailbox. Die Nachricht, die es zu übermitteln gegeben hätte, war brisant: Vier E-Mails und acht Anrufe belegten, dass Strasser tatsächlich versucht hatte, diesen Antrag durchzudrücken, allerdings an Karas scheiterte, weil diesem diese Interventionen mehr als verdächtig vorkamen.

Bagatellisierung statt raschen Handelns

Die ÖVP-Parteiführung verfiel in die bei solchen Situationen nicht unübliche Taktik, die Warnsignale zu ignorieren, die Geschichte zu bagatellisieren, den Fall auszusitzen, obwohl tagtäglich neue Details die Verteidigungsstrategie erschütterten.

Für den Paukenschlag sorgte eine Woche nach der Erstmeldung die Veröffentlichung von zwei Videos durch die *Sunday Times*, die die „Anbahnungsgespräche“ mit dem EU-Abgeordneten augenscheinlich dokumentierten und den Wählern das schreckliche Bild eines bestechlichen Politikers frei Haus lieferten. Erst jetzt reagierte die Parteiführung, und

sie hatte gar keine andere Wahl, als Strasser zum sofortigen Rücktritt aufzufordern. Ein Schritt, der aber bereits zu spät kam. Denn zwischenzeitlich hatte die Volkspartei in den Augen der Wähler einen enormen Schaden erlitten, nämlich den Verlust der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens.

Parteiobmann Pröll wird Opfer des Politiker-Stresses

Damit sind aber die dramatischen Tage für die Volkspartei noch nicht abgehandelt. Denn die Rücktrittsaufforderung kam von einem an das Krankenbett gefesselten Parteiobmann. Josef Pröll hatte wenige Tage zuvor einen Lungeninfarkt erlitten. Das Büro versuchte, diese gesundheitliche Attacke zunächst als relativ harmlos hinzustellen, was sie aber nicht war. So folgten dem Strasser-Desaster noch mehrere Tage der Orientierungslosigkeit, die zur Folge hatten, dass nunmehr – mangels fehlender Führung – die Volkspartei immer stärker ins Schlittern kam. Während es der Europafraktion gelang, rasch wieder festen Boden unter den Füßen zu erlangen, indem sich Karas, der nicht nur in diesem Fall für Aufrichtigkeit und Korrektheit stand, bereit erklärte, den Karren aus dem sprichwörtlichen Dreck zu ziehen, gingen daheim die innerparteilichen Wogen hoch. Der ÖVP wurden inhaltliche Leere, Konzeptlosigkeit, das Fehlen einer Themenführerschaft, mangelnde Kompetenz einiger Regierungsmitglieder nachgesagt – und sie konnte sich dagegen auch kaum glaubhaft wehren. Bis schließlich der Knalleffekt folgte, indem Parteichef Josef Pröll binnen weniger Stunden seinen eigenen Rücktritt erklärte. Offiziell hieß es, dass die Ärzte Pröll die Dramatik eines Lungeninfarkts klagemacht hatten, wonach dieser mit dem Stress eines Spitzenpolitikers nicht vereinbar ist und sich auf die Alternative „Politik oder Leben“ reduzieren lässt.

Prölls Abgang aus gesundheitlichen Gründen verdient Respekt, konnte aber den mittlerweile tiefen Fall der ÖVP von zu Jahresbeginn noch 28 Prozent (und damit gleichauf mit der SPÖ) vor dem „Fall Strasser“ auf 22 Prozent nach dem gesamten Desaster nicht verhindern.

Man muss sich nur anhand dieser Zahlen den tiefen Fall der ÖVP vor Augen führen. Bis 1986 lieferte sie sich ein stetes Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Sozialdemokraten und pendelte zwischen 49 und 42 Prozent. Das Erstarken der Freiheitlichen unter Jörg Haider auf 26,9 Prozent führte schließlich 1999 dazu, dass die ÖVP sogar noch unter die FPÖ fiel und erstmals in der Parteigeschichte auf dem dritten Platz landete. Auch die SPÖ hatte massiv Stimmen verloren, sodass plötzlich nicht mehr zwei Groß-Parteien, sondern drei Mittel-Parteien (die Grünen waren über eine Nischenposition bislang nicht hinausgekommen) um die Gunst der Wähler buhlten.

Die Volkspartei – beinahe auf die Hälfte reduziert

Noch einmal – 2002 – setzte es für die ÖVP unter Wolfgang Schüssel einen Aufschwung, sie überholte mit 42,3 Prozent klar die SPÖ, die auf nur 36,5 Prozent kam. Von da an ging es bergab mit der Folge, dass zweimal hintereinander der jeweilige Spitzenkandidat abtrat und einem neuen Mann Platz machen musste. So geschehen zuletzt 2008, als die ÖVP nur noch 26 Prozent erreichte. Damals wurde Josef Pröll als Retter in letzter Not auf den Parteischild gehoben.

Und es geschah ein Wunder. Der in jeder Situation fröhlich wirkende, Optimismus ausstrahlende Vizekanzler stellte den aus der Kommunalpolitik kommenden SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann in den Schatten. Mehr noch, Pröll pilotierte die Alpenrepublik sehr gekonnt durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, was auch die Wähler – so die

Die Regierungsglieder der ÖVP um Parteichef und Außenminister Michael Spindelegger (Mitte) am 19. April 2011 in Wien.

© picture-alliance/dpa, Foto: Roland Schlager



Meinungsumfragen – honorierten. Nicht ein mageres Viertel, sondern ein sattes Drittel der Wähler, nämlich 34 Prozent, sprach sich für die Volkspartei aus, bis im Sommer 2010 der Faden erstmals riss, nachdem viele Ankündigungen nicht umgesetzt, personelle Fehlentscheidungen zu einem Ballast für die politische Arbeit geworden waren. Trotzdem sah man weiterhin die Chance auf Besserung, zumal auch die SPÖ bestenfalls mit der ÖVP gleichzog und nur die FPÖ von der generellen Kritik an der rot-schwarzen Regierung profitierte.

Dimension eines politischen Tsunamis

Die Ereignisse, die sich im Zeitraum von Mitte März bis Mitte April 2011 abspielten, hatten die Auswirkungen eines politischen Tsunamis. Binnen weniger Tage wurden die Wähler nicht nur vor den Kopf gestoßen sondern richtiggehend abgestoßen, fühlten sich viele in ihrem Vorurteil, dass die Politik ein schmutziges Geschäft sei, bestätigt und kehrten vor

allem der Volkspartei enttäuscht den Rücken. Jetzt rächte sich auch noch, dass man vor zwei Jahren die Vorzugsstimmenwähler (allein in Wien war dies jede dritte Stimme für die ÖVP) ignoriert hatte, was umso mehr ins Gewicht fällt, als das Reservoir der Stammwähler, die selbst in den schwierigsten Situationen ihrer Partei die Stange halten, innerhalb von knapp drei Jahrzehnten schneller dahingeschmolzen war als die Gletscher in den Alpen. 1983 verzeichnete man in Österreich zehn Prozent Wechselwähler und acht Prozent Spätentscheider. Bis 2008 war dieser Anteil auf 28 beziehungsweise 32 Prozent angestiegen.

Kurz nach dem Rücktritt von Pröll und der Inthronisierung des bisherigen Außenministers Michael Spindelegger, der schon einige Zeit als einer von mehreren „Kronprinzen“ gehandelt worden war, meinten denn auch angesehene Politikwissenschaftler, dass dies wohl die letzte Chance für die ÖVP sei, sich zu fangen und zu reüssieren. Allerdings müsse die

Partei froh sein, bis zu den nächsten Nationalratswahlen wieder auf den zweiten Platz im Wähler-Ranking zurückkehren zu können.

Dank der Mobilität der Wähler besteht die Chance auf Erholung

Es ist wahrscheinlich wirklich die letzte Chance für die Volkspartei – bevor sie noch weiter abstürzt. Allerdings könnte trotz solch pessimistischer Aussichten gerade angesichts der enormen Wählermobilität die Chance auf Besserung erhalten bleiben.

Damit, dass nur Köpfe im schwarzen Regierungsteam getauscht wurden, die Innenministerin ins Finanzministerium, die Wissenschaftsministerin ins Justizministerium wechselte, ein Rektor das schwierige Terrain der Hochschulpolitik beackern muss, der 24-jährige Jugendobmann Staatssekretär für Integrationsfragen wurde (was insbesondere eine Antwort auf den Haider-Epigonen und FPÖ-Vorsitzenden H. C. Strache ist, der zuletzt bei den Jungwählern punktete und die Konkurrenten alt aussehen ließ), ist es aber bei Weitem nicht getan. Auch wenn man dafür kurzfristig mediale Aufmerksamkeit erzielt.

Es wird auch damit nicht getan sein, dass die ÖVP wieder politische Konturen erkennbar macht, so sehr dies notwendig ist. Denn genau genommen, hat die ÖVP sich in den letzten Jahren fast schon ihrer christ-demokratischen Wur-

zeln geschämt, hat das „hohe C“ unter den Teppich der Vergesslichkeit gekehrt. Wie viele andere europäische Volksparteien ist man auch in Österreich dem Pragmatismus und Populismus erlegen. Würde die SPÖ nicht hin und wieder das sozialistische Lieblingsthema von der Umverteilung von Reich zu Arm spielen, die Parteien wären austauschbar. Und die ÖVP ließ auch die Wähler im Unklaren über ihre Ziele. Das reichte von der Bildungs- über die Verteidigungs- bis hin zur Europapolitik. Die kurzfristige Schlagzeile in der Boulevardpresse war wichtiger als die langfristige Perspektive.

Letztlich entscheidend wird es sein, ob man den Vertrauensschwund, den Verlust an Glaubwürdigkeit wieder wettmachen kann. Dazu bedarf es nicht nur eines vorbildhaften Verhaltens, eines erkennbaren Engagements, politischer Visionen, des Dialogs mit den Bürgern. Der Schaden, der am Ansehen der Volkspartei und darüber hinaus an der Politik an sich angerichtet wurde, lässt sich mit einem Beispiel aus dem täglichen Leben vergleichen. Wenn in einer Freundschaft ein Partner den anderen hintergeht, der andere dahinterkommt, nach einer Aussprache ein neuer Anfang unternommen wird, so ist trotzdem nicht alles wie früher. Der Vertrauensbruch hat Bruchstellen hinterlassen. Eine Spur von Misstrauen ist zurückgeblieben. Es wird lange dauern, bis die Wunden verheilt sind.

Die **Juli-/August-Ausgabe** der **Politischen Meinung** nimmt in ihrem Schwerpunkt das Thema

Fünfzig Jahre Mauerbau

in den Blick. Mit unterschiedlichen Aspekten und Fragestellungen befassen sich anlässlich des Jahrestages des Ausbaus der innerdeutschen Grenze am 13. August 1961 unter anderen Dorothee Wilms, Manfred Wilke, Ulrich Schacht und Norbert Seitz.

Eine weitere Rubrik beleuchtet die ethische Dimension der Energiewende.